

Ein neues Kapitel im Streit über die Integration von Zuwanderern in Deutschland

Johannes Fritz



Johannes Fritz

Die Diskussion darüber, wie gut Zuwanderer und deren Nachkommen in die deutsche Gesellschaft integriert sind, und wer für etwaige Integrationsdefizite verantwortlich ist, ist seit Anfang 2009 um ein Kapitel länger. Auslöser dafür war die im Januar erschienene Studie „Ungenutzte Potentiale. Zur Lage der Integration in Deutschland“ des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung.

http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Zuwanderung/Integration_RZ_online.pdf

Die Studie konstruiert aus den Daten des Mikrozensus, der 2005 erstmals eine Frage nach der nationalen Herkunft der Befragten enthielt, einen Index aus 20 Kriterien, welcher den Integrationsstand verschiedener Zuwanderergruppen abbilden soll. In diesen Index fließen beispielsweise die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft, die Ehe mit deutschen Staatsbürgern, der Erwerb der Hochschulreife und der Abschluss eines Studiums als Zeichen eines ausgeprägten Integrationswillens ein. Erwerbslosigkeit, die Abhängigkeit von öffentlichen Leistungen und ein geringes Einkommen werden als Integrationshemmnisse gewertet. Weil sie nach diesen und weiteren Kriterien am besten abschnitten, befand die Studie Zuwanderer aus den EU-Staaten mit Ausnahme von Griechenland, Italien, Portugal und Spanien für am besten integriert, gefolgt von deutschstämmigen Aussiedlern. Die größten Defizite gebe es bei der türkischstämmigen Bevölkerung, gefolgt von Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien und Afrika. In der Öffentlichkeit wurden diese Ergebnisse ausführlich diskutiert. Mitglieder sämtlicher im Bundestag vertretener Parteien, häufig selbst mit Migrationshintergrund, nahmen zu ihnen Stellung.

Der Integrationsmonitor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, der bereits im Februar 2009 nachfolgte, fand hingegen kaum Beachtung, vermutlich weil er die Zuwanderer nicht nach deren Herkunft unterschied, sondern ihre ökonomische Integration insgesamt als unzureichend beschrieb. Damit konnte er wenig zur laufenden Diskussion der Unterschiede zwischen den Zuwanderergruppen beitragen.

http://www.iwkoeln.de/Portals/0/pdf/trends01_09_5.pdf

Sichtweisen des Integrationsstands

Ein Teil der Kommentatoren sieht in den Ergebnissen der Integrationsstudie des Berlin-Instituts eigene Überzeugungen bestätigt. So der Verband der Siebenbürger Sachsen:

Das Präsidium nahm die kürzlich erschienene Studie [...] zustimmend zur Kenntnis. Nach dieser Studie weist die Gruppe der Aussiedler, nach jener der hochqualifizierten Wirtschaftsmigranten aus EU-Ländern, die besten Integrationswerte auf. Die Aussiedler besitzen bereits bei ihrer Einreise in die Bundesrepublik einen hohen Bildungsstand, sind um weitere Bildung und Ausbildung bemüht und kommen auf dem Arbeitsmarkt gut zurecht. Die in der Presse dargestellten Negativbeispiele jugendlicher Straftäter unter den Aussiedlern sollten nicht verharmlost werden, seien aber die Ausnahme in dieser Bevölkerungsgruppe.

15. Februar 2009, <http://www.siebenbuerger.de/zeitung/artikel/verband/8605-aussiedler-positiv-ingestuft.html>

Der Journalist Thorsten Denkler verknüpft die Ergebnisse mit seiner Beobachtung der Herausbildung einer türkischstämmigen Parallelgesellschaft:

Die Studie bestätigt: Türkischstämmige Bürger haben unter allen Migrantengruppen die größten Probleme damit, in der Mehrheitsgesellschaft anzukommen. Sie schaffen seltener den Schulabschluss, machen seltener Abitur, beteiligen sich weniger an der Zivilgesellschaft, sind häufiger ohne Arbeit. Dafür gibt es viele schwer zu beseitigende Gründe. Größtes Problem sind die Parallelgesellschaften. In Berlin-Kreuzberg oder Neukölln sind die Satellitenschüsseln auf türkische Kanäle eingestellt. Im besten Fall werden türkische Tageszeitungen wie die deutsche Ausgabe der Hürriyet gelesen.

Ansonsten wird beim türkischen Schwager eingekauft, beim türkischen Onkel gearbeitet, mit türkischen Freundinnen palavert und mit türkischen Freunden das Teehaus besucht. Binationale Ehen sind die große Ausnahme und nicht gern gesehen. Kontakt zur real existierenden deutschen Mehrheitsgesellschaft haben viele nur, wenn es zum Amt geht oder zum Elternabend in der Schule. Nicht selten, dass dann Mütter ihre Kinder mitnehmen, die ihnen simultan übersetzen. Wer so lebt, sieht kaum noch eine Notwendigkeit, sich zu integrieren.

26. Januar 2009, <http://www.sueddeutsche.de/politik/418/456088/text>

Zustimmung findet die Studie auch bei der türkischstämmigen Soziologin und Publizistin Necla Kelek:

Der Report stellt ja nicht nur fest, dass die türkischen Migranten die am schlechtesten integrierte Gruppe sind, sondern auch, dass dreiundneunzig Prozent der Türken Ehepartner aus ihrer Gruppe suchen [...] und unter sich bleiben [...]. Insgesamt beschreibt die Studie ein differenziertes Bild vom Stand der Integrationsbemühungen in Deutschland, zeigt Erfolge, Defizite und Ziele. Eines davon wäre: „Sinn und Zweck von Integration ist es allerdings, dass die familiäre Zuwanderungsgeschichte irgendwann keine Rolle mehr für ein erfolgreiches Leben in der Gesellschaft spielt.“

3. Februar 2009, http://www.faz.net/s/Rub9B4326FE2669456BAC0CF17E0C7E9105/Doc~ECB7A2CA_CEA6845479A8A78C67B393CAB~ATpl~Ecommon~Scontent.html

Im Gegensatz zu Kelek kritisieren die meisten türkischstämmigen Kommentatoren die Studie. Ein erster Kritikpunkt betrifft die Kriterien des Integrationsindex. Mehmet Yildiz, türkischstämmiger Abgeordneter der Linkspartei in der Hamburger Bürgerschaft, argumentiert:

„Die Indikatoren für die Feststellung der Integrationsbereitschaft sind teilweise unglücklich gewählt. Wenn beispielsweise allein die Tatsache, ob jemand integriert ist oder nicht, am Vorhandensein der deutschen Staatsbürgerschaft abhängig gemacht wird oder nicht, dann be-

stehen erhebliche Zweifel an der Verwertbarkeit der Studie“, kritisiert Yildiz. „Zudem besteht weiterhin das Problem, dass bestimmte Abschlüsse von MigrantInnen aus Nicht-EU-Staaten oft nicht anerkannt werden, was auch die aktive Teilhabe am Arbeitsmarkt erschwert.“

27. Januar 2009, <http://www.linksfraktion-hamburg.de/nc/presse/pressemitteilungen/detail/artikel/integrationsstudie-zeigt-misere-der-deutschen-integrationspolitik>

Der Blogger Ekrem Senol nennt eine Reihe weiterer Faktoren, die die Aussagen der Studie seiner Meinung nach verzerren (es folgt eine Auswahl):

Was auf den ersten Blick wie ein relativ schlechtes Abschneiden der Türken aussieht wird relativiert, wenn man in Betracht zieht, dass die Gruppe der Aussiedler bereits von Gesetzeswegen Deutsche sind. Bei ihnen bedarf es keiner Einbürgerung. [...]

Ein weiterer Verzerrungsfaktor ist der Vergleich von Türken mit Migranten aus den weiteren 25 Ländern der EU. [...] Während Türken bei einer Einbürgerung in den deutschen Staatsverband die türkische Staatsbürgerschaft aufgeben müssen, dürfen Migranten aus den [...] 25-EU-Ländern ihre bisherige Staatsbürgerschaft [...] behalten. [...]

28. Januar 2009, <http://www.migazin.de/2009/01/28/ungleiche-potenziale-%e2%80%93-studie-verzerrt-die-lage-der-integration-in-deutschland>

Die türkischstämmige Psychotherapeutin und Autorin Denis Baspinar mokiert sich über die Kriterien des Integrationsindex:

Die Sache mit dem ‚sich annähern‘, da bekennen wir uns schuldig. Wir haben es versucht, wirklich. Wir haben alle kulturell erlernten Regeln zum Verhältnis von Männern und Frauen über Bord geworfen. Wir haben unsere Brüder und Väter angelogen. [...]

[W]ir haben es offensichtlich nicht in ausreichender Zahl geschafft, diese Männer zum Standesamt zu schleppen, damit die Heirat in die Integrationsstatistik eingeht.

27. Januar 2009 <http://www.zeit.de/online/2009/05/integration-deutsche-maenner>

Andere Teilnehmer der Debatte stellen die Annahme der Vergleichbarkeit verschiedener Einwanderergruppen, die der Studie zugrunde liegt, in Frage. So beispielsweise der nordrhein-westfälische Integrationsminister Armin Laschet:

ZEIT ONLINE: Eine Studie des Berlin-Instituts belegt, dass türkische Einwanderer besonders schlecht und deutsche Spätaussiedler besonders gut integriert sind. Woher kommen diese großen Unterschiede zwischen den Immigrantengruppen?

Armin Laschet: Man muss schauen, wo die Menschen herkommen. Aus der Türkei wurden Gastarbeiter damals in den fünfziger und sechziger Jahren in den bildungsfernen Schichten und Gegenden angeworben, weil man sie für die Industrie brauchte. [...] Die Kinder und Enkel dieser Analphabeten oder wenig Gebildeten müssen jetzt den Sprung in die Wissensgesellschaft schaffen. Der ist für sie natürlich viel größer als etwa bei Spätaussiedlern, die meist qualifiziert sind, wenn sie hierher kommen, oder bei anderen Nationalitäten.

26. Januar 2009, <http://www.zeit.de/online/2009/05/integration-laschet>

Dazu kommt bei mehreren Kommentatoren der Vorwurf an die Studie, Integrationsdefizite in einen ethnisch-religiösen Zusammenhang zu stellen. So beispielsweise der Grünen-Vorsitzende Cem Özdemir:

Cem Özdemir: Die Studie beschreibt bekannte Probleme. Aber ich ärgere mich über manche Aussage rund um die Studie.

Warum das?

Weil man immer wieder denselben Gaul reitet, dass es hier um ethnische und kulturelle Fragen ginge. Das hat nichts mit dem zu tun, was die Wissenschaft über Integration weiß. Es geht vor allem um eine soziale Frage und keine kulturelle. Die Sprachstandserhebungen in

Berlin und Nordrhein-Westfalen etwa haben gezeigt, dass 20 Prozent der deutschen Vorschulkinder nicht gut genug sprechen, um in der Schule mithalten zu können.

Aber ist das so falsch, dass es gerade bei den Deutschtürken erhebliche Probleme gibt?

Nein, diese Erkenntnis ist nicht neu. Wir stehen vor der Herausforderung, dass sich Bildungsarmut praktisch vererbt. Vielen der Zugewanderten, besonders aus der Türkei, ist die Bedeutung guter Bildung für ihre und unsere Kinder nicht ausreichend bewusst. Das gilt allerdings auch für italienische Migranten. [...]

27. Januar 2009, <http://www.taz.de/nc/1/politik/deutschland/artikel/1/mit-den-eltern-notfalls-auch-gegen-sie>

Die Diskussion von Verantwortlichkeiten und Lösungsvorschlägen

Die Teilnehmer der Integrationsdebatte unterscheiden sich maßgeblich darin, ob sie die deutsche Politik oder die Zuwanderer selbst für ihren Erfolg, respektive die diagnostizierten Probleme, verantwortlich machen. Mit dieser Einschätzung sind verschiedene Aufforderungen an die Politik bzw. die Zuwanderer verbunden. Franz Solms-Laubach schreibt in einem Artikel mit dem Titel „Warum Türken bei der Integration nicht mitspielen“, den Welt Online mit einer fast vollständig verschleierten Frau illustriert (siehe Abbildung):



Viele türkischstämmige Migranten in Deutschland wollen sich nicht integrieren. Sie isolieren sich in ihren Wohnbezirken und verweigern sich der Eingliederung in die deutsche Gesellschaft. Die Gründe dafür sind zahlreich. Klar ist, ihre Situation ist zum Teil selbstverschuldet. [...]

Obwohl die meisten Türkischstämmigen seit langem hier leben und knapp die Hälfte von ihnen hier geboren wurde, zeigen viele kaum Bereitschaft, sich in die Gesellschaft einzugliedern. Keine Zuwanderergruppe unterscheidet sich im Negativen stärker von den Deutschen: Türken sind im Durchschnitt schlechter gebildet, schlechter bezahlt und häufiger arbeitslos. Nur 32 Prozent von ihnen haben bisher die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen. [...]

Tatsächlich belegt die aktuelle Studie [...], dass türkische Einwanderer sich oft isolieren. Zu einer Vermischung mit der Mehrheitsgesellschaft, die in anderen Zuwanderergruppen stetig voranschreitet, kommt bei den Türken kaum voran [sic]. Beleg dafür ist der geringe Anteil bikultureller Ehen: Er liegt nur bei fünf Prozent. Ein Grund dafür dürfte wie bei vielen Menschen aus dem Nahen Osten der muslimische Glaube sein. Auch in der zweiten Generation steigt der Anteil der Ehen mit Deutschen bei türkischstämmigen Migranten nur minimal. Parallelgesellschaften, die einer Angleichung der Lebensverhältnisse im Wege stehen, sind die Folge. [...]

Hingegen sind die lange als ebenfalls sehr gefährdet angesehenen Aussiedler die Gewinner in dieser Studie. Bei früheren Warnungen wurde oft übersehen, dass sie bereits mit einem relativ hohen Bildungsstand nach Deutschland gekommen waren. Deshalb fanden und finden sie sich gut auf dem Arbeitsmarkt zurecht.

25. Januar 2009, <http://www.welt.de/politik/article3088721/Warum-Tuerken-bei-der-Integration-nicht-mitspielen.html>

Auch der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Hartmut Koschyk, sieht die türkischen Zuwanderer in der Schuld:

Koschyk [hatte] den türkischen Familien mangelnden Integrationswillen vorgeworfen. Vor allem die Eltern müssten deutlich mehr tun, sagte Koschyk. Die Integration Deutscher [sic] Aussiedler sei erfolgreicher, urteilte der CSU-Politiker. Wer sich dagegen weigere, Deutsch zu lernen, müsse mit der Kürzung von Sozialleistungen rechnen.

27. Januar 2009, <http://www.netzeitung.de/politik/deutschland/1260699.html>

An anderer Stelle schreibt Koschyk:

Mit gutem Grund hat die Bundesregierung bereits im Sommer 2008 die Notwendigkeit einer laufenden Messung der Integration von Zuwanderern im Wege eines Integrationsmonitoring betont. Aus meiner Sicht gehören auch Angaben zur Kriminalitätshäufigkeit zu denjenigen Befunden, die in diesem Zusammenhang von Interesse sind und die gegebenenfalls Anlass für verstärkte und spezifischere Bemühungen sein müssen, Abhilfe zu schaffen.

6. Februar 2009, <http://www.tagesspiegel.de/meinung/kommentare/Kriminalstatistik;art141,2724256>

Necla Kelek macht nicht türkischstämmige Zuwanderer, sondern Politiker für den Fortbestand der Probleme verantwortlich:

Insgesamt ist die Studie auch eine Bankrotterklärung der türkischen Lobbypolitik der letzten Jahrzehnte, wird hier doch deutlich, dass es eben nicht die sozialen oder ökonomischen Verhältnisse sind, die über Erfolg oder Misserfolg der Einwanderer bestimmen, sondern in großem Maße die sozio-kulturellen und religiösen Bedingungen und auch patriarchale Familienstrukturen. Das gefällt naturgemäß weder der türkischen Presse noch denjenigen, die in der Öffentlichkeit spezifisch türkische Interessen vertreten.

Liest und hört man die Kommentare der türkischstämmigen Politiker, scheint tatsächlich das Integrationsproblem mit den Türken wenig, mit der deutschen Politik aber viel zu tun zu haben. [...]

Keiner der türkischstämmigen Politiker stellt sich hin und sagt: Ja, es gibt spezifische Probleme, die nicht relativiert werden dürfen. Warum reden sie nicht über arrangierte Ehen, Ferienbräute, Ehrenmorde, Gewalt in Familien, Diskriminierung der Frau? [...]

Türkischstämmige Politiker treten seit Jahren quer durch alle Parteien und Organisationen als abis, als Vormünder ihrer Landsleute, auf. Unterstützt werden sie dabei von den ablas, den großen Schwestern, und sie verhindern vor und hinter den Kulissen, dass andere Auffassungen zur Integrationspolitik sich durchsetzen könnten. Sie fühlen sich mächtig, weil sie sich untereinander als Türken einig sind und alles blockieren. Sie versuchen zu verhindern, dass Probleme an die Öffentlichkeit kommen. Dass selbstbewusste und kritische Stimmen ihnen ihr politisches Geschäft verderben, macht sie wütend. Deshalb denunzieren sie, über alle Parteien hinweg, kritische Stimmen oder Frauenrechtlerinnen, die eine andere Politik verlangen.

3. Februar 2009, <http://www.faz.net/s/Rub9B4326FE2669456BAC0CF17E0C7E9105/Doc~ECB7A2CACEA6845479A8A78C67B393CAB~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

Die Gegenposition zu diesen Darstellungen sieht die deutsche Politik in der Pflicht, sich stärker für die Integration der türkischstämmigen Zuwanderer einzusetzen:

Die Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Barbara John (CDU), bezeichnet die jüngste Studie zur Integration von Zuwanderern als hilfreich. Wer schmerzliche Realitäten benenne, der wolle sie nicht anprangern, sondern Zustände bessern, sagte die frühere Berliner Ausländerbeauftragte. [...] Deshalb müssten die meisten Integrationsprogramme noch einmal auf den Prüfstand gestellt werden.

Zugleich wies John die Darstellung zurück, Zuwanderer aus der Türkei oder dem ehemaligen Jugoslawien wollten sich nicht integrieren. Viele könnten das nicht und seien „überfordert mit einer Welt, in die sie geworfen worden sind“, auch wenn das bereits Jahrzehnte her sei. Daher brauchten sie eine „intensive Begleitung“.

27. Januar 2009, <http://www.netzeitung.de/politik/deutschland/1260699.html>

Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel argumentiert in diese Richtung:

„Ich bitte alle, die vielleicht im ersten Atemzug wegen der harten Botschaft erschrocken waren, das ganze positiv zu wenden“, sagte Merkel auf einem Integrationssymposium in Berlin. [...] „Wir können auf kein einziges Talent in unserem Land verzichten“, betonte die CDU-Politikerin.

„Deutschland kann das Potenzial, was in den Zuwanderern liegt, auf gar keinen Fall brach liegen lassen [sic]“, sagte Merkel. Es sei in aller Interesse, das Potenzial besser zu wecken als es bislang gelungen sei. Besonders Kindern mit Migrationshintergrund müssten „alle Chancen gegeben werden“. Dies sei auch wichtig vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung. „Es ist unsere Aufgabe, zusammen mit den Eltern die Talente zu entwickeln [sic] und zu entfalten, und das geht im wesentlichen über Ausbildung und Bildung.“

26. Januar 2009, <http://www.welt.de/politik/article3093879/Merkel-wertet-Migrantenstudie-als-Motivation.html>

Mehrere Kommentatoren sehen vor allem bestimmte Parteien oder Regierungskoalitionen in der Schuld. Gerd Pflaumer reagiert auf die Schuldzuweisung des CSU-Politikers Hartmut Koschyk an die türkischstämmige Gruppe:

Die Vorwürfe der CSU wollten vergessen machen, dass es in Deutschland nicht zuletzt infolge des Widerstands der Unionsparteien über Jahrzehnte hinweg keinerlei Bemühungen um eine Integration der Zuwanderer gegeben habe. [...]

Nachdem man sich erst Ende der 90er Jahre zu der Erkenntnis durchgerungen habe, Deutschland sei ein Einwanderungsland, und zögerlich mit ersten Schritten einer Integrationspolitik begonnen habe, könne man nach Ansicht von Pflaumer nicht erwarten, dass sich gerade bei der türkischstämmigen Bevölkerungsgruppe rasch umfassende Integrationsfortschritte einstellen. [...] Die Politik müsse endlich Antworten auf den Bildungsbedarf der besonders benachteiligten Migrantengruppen finden. Auch die Senkung der Einbürgerungshürden und die Anerkennung von doppelter Staatsangehörigkeit fördere die Integration. Die Studie habe belegt, dass Türkischstämmige mit deutschem Pass besser integriert seien.

27. Januar 2009, http://www.aktioncourage.org/media/raw/pm_Integrationsstudie.pdf

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer, und Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble verweisen auf Versäumnisse der rot-grünen Vorgängerregierung:

Die, ihrer Ansicht nach, dramatischen Daten der Integrationsstudie beziehen sich auf das Jahr 2005, so Maria Böhmer am Montag im ZDF-„Morgenmagazin“. „Und das war auch der Hintergrund, weshalb wir gesagt haben: Wir steuern um in der Integrationspolitik.“

Im Nationalen Integrationsplan hätte man einen Schwerpunkt auf die Bildung gelegt, das Bildungsniveau von Kindern aus Zuwandererfamilien solle bis 2012 dem von deutschen Kindern entsprechen, erklärte Böhmer.

„Das klärt ja nicht: Wo gehöre ich eigentlich hin“, sprach sie sich gegen eine doppelte Staatsbürgerschaft im Zusammenhang mit einer verbesserten Integration aus. Sie wäre dafür, dass möglichst viele Zuwanderer die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben.

26. Januar 2009, <http://www.noows.de/dramatische-ergebnisse-der-integrationsstudie-5468>

SPIEGEL: Manche Integrationsforscher schätzen, dass es noch Jahrzehnte dauern wird, bis die Türken hier richtig angekommen sind. Wie ist Ihre Prognose?

Schäuble: Das geht jetzt schnell. Warten sie einfach noch einmal vier Jahre CDU-geführte Regierung ab!

25. Januar 2009, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,603306,00.html>

Die türkischstämmige SPD-Politikerin Lale Akgün kontert diese Anschuldigungen:

„Wenn wir in Sachen Integrationspolitik nicht ins offene Messer laufen wollen, müssen wir unsere Politik auf das Wesentliche richten“, sagt Lale Akgün. „Integrationsdefizite sind Folge von schlechten Bildungschancen, mangelnden Perspektiven und Bildungsferne, gerade in patriarchalen Zuwandererfamilien. An diesen Stellschrauben müssen wir drehen.

„Die neuesten Kommentare der verantwortlichen Integrationspolitiker zeigen jedoch eine Hilflosigkeit, die eine Weichenstellung in der Integrationspolitik nicht erwarten lassen: So hat die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer, nach einem Brief von 68 Schulleitern vorgeschlagen, die Botschafter der Herkunftsstaaten einzubinden. Diese sollten ausländischen Eltern zu mehr Engagement für die Schullaufbahn ihrer Kinder anhalten. „Der Vorschlag ist hanebüchen“, sagt Lale Akgün, „weil ausländische Diplomaten wohl kaum mit den Lebensbedingungen in den Kiezen und Vierteln unserer Großstädte vertraut sind“.

Auch die Äußerung von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, man solle vor dem Hintergrund der Studienergebnisse „noch einmal eine vier Jahre CDU-geführte Regierung abwarten“, ist zynisch in Anbetracht der zu lösenden Probleme. „Wir haben schon Jahrzehnte ‚abgewartet‘“, sagt Lale Akgün. „Jetzt müssen wir handeln!“

Lale Akgün fordert die Bundesregierung auf, sich auf reale Verbesserungen der Integrationspolitik zu besinnen: Dazu gehören die notwendigen Mittel für Bildung, aber auch rechtliche Änderungen. Denn die Studie zeigt, dass sich Eingebürgerte besser integrieren als Nicht-Eingebürgerte. Leider wurden die Hürden zur Einbürgerungen [sic] in den vergangenen Jahren wieder erhöht.

Lale Akgün: „Wir sollten die Schaufensterveranstaltungen, wie den Integrationsgipfel, nun endlich beenden. Stattdessen müssen wir unsere Anstrengungen steigern, die Bildungsdefizite der türkischen und anderen Zuwanderer auszugleichen. Nicht nur der Staat ist hier gefragt, sondern alle Bevölkerungsgruppen mit und ohne Migrationshintergrund.

26. Januar 2009, http://www.laleakguen.de/article/454.presseerklaerung_zur_integrationsstudie_ungenutzte_potenziale.html

Auch für Nordrhein-Westfalen sind die gegenseitigen Schuldzuweisungen dokumentiert:

Die Grünen warfen der CDU/FDP-Koalition in NRW Tatenlosigkeit in der Integrationspolitik vor. „Diese Landesregierung blockiert sich bei der Integration gegenseitig“, sagte Grünen-Fraktionschefin Sylvia Löhrmann. Integrationsminister Armin Laschet (CDU) könne sich gegen die FDP offenbar nicht mehr durchsetzen. So sei die Teilhabe von Zuwanderern in den Kommunen trotz Versprechungen nicht verbessert worden. FDP-Generalsekretär Christian Lindner wies die Kritik scharf zurück und bezeichnete die Grünen als „Brandstifter“.

Die CDU-Landtagsfraktion wies die Verantwortung für die Defizite von sich. „Die Ergebnisse der Studie sind eine traurige Schlussbilanz der 2005 abgelösten rot-grünen Landesregierung“, sagte der CDU-Abgeordnete Michael-Ezzo Solf. Erst unter Schwarz-Gelb sei eine realistische Politik für Zuwanderer eingeleitet worden. [...]

SPD-Fraktionsvize Britta Altenkamp wies die Vorwürfe der CDU als „billige Polemik“ zurück. Die neue Studie zeige, dass die Situation insbesondere der türkischen Migranten und besonders ihrer Kinder „immer noch besorgniserregend ist“. Parteipolitische Schuldzuweisungen seien fehl am Platz, betonte Altenkamp.

26. Januar 2009, <http://www.derwesten.de/nachrichten/nachrichten/2009/1/26/news-108022625/detail.html>

Wiederum andere Kommentatoren verzichten auf Schuldzuweisungen und machen Verbesserungsvorschläge jenseits der Politik. Zunächst erneut Thorsten Denkler:

Den Schulen und Kindergärten mehr Spielräume, mehr Geld, mehr Personal zu geben, ist unabdingbar [...]. Viel wichtiger aber ist, die Mütter mitzunehmen. Sie zu überzeugen, dass sie mehr für ihre Kinder erreichen können als ein Leben mit Hartz IV [...]

Es gibt Ansätze, an diese Frauen heranzukommen. Mütterprojekte in Kreuzberg etwa, in denen sich auch türkische Frauen engagieren. Sie gehen von Tür zu Tür und versuchen Kontakt aufzunehmen und Ängste zu nehmen. Es sind Ansätze, mehr noch nicht. Die Mütter sind die größte Herausforderung für die Integrationspolitik. Werden sie erreicht, muss einem um die Kinder nicht mehr bange sein.

26. Januar 2009, <http://www.sueddeutsche.de/politik/418/456088/text>

Zülfiye Kaykin, die Geschäftsführerin der Ditib-Moscheegemeinde in Duisburg-Marxloh, im Interview:

Teilen Sie die Ansichten der Studie?

Kaykin: Jeder, der in der Integration arbeitet, kennt solche Zahlen. Wir in der Begegnungsstätte stehen für etwas anderes: Motivation. Die ihren Abschluss haben, die aufgestiegen sind, die sollten im Vordergrund stehen, dann haben Jugendliche Vorbilder.

Ist die Integration gescheitert?

Kaykin: Die physische nicht, es war eine Leistung, hier Fuß zu fassen. Aber die mentale ist auf der Strecke geblieben. Zugehörigkeitsgefühl und subjektive Wahrnehmung können Sie nicht beeinflussen. Man muss mehr von den Fähigkeiten ausgehen und diese fördern, damit Menschen sich zugehörig fühlen. Es ist wichtig, sich gebraucht zu fühlen.

25. Januar 2009, <http://www.derwesten.de/nachrichten/nachrichten/waz/politik/2009/1/25/news-107813776/detail.html>